



Demokratie und Politische Bildung an Berliner Schulen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, aktive, politische Gestalter*innen der Berliner Stadtgesellschaft zu sein. Diese unterliegt einem ständigen, sich beschleunigenden Wandel, der mit den Stichworten Globalisierung, Migration und Flucht, Digitalisierung, und Autoritarismen umrissen werden kann. Letztere gehen mit verschiedenen Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit einher. Die Förderung demokratischer und menschenrechtsbasierter Haltungen und Verhaltensweisen wird somit herausfordernder. All das verlangt nach deutlich mehr Angeboten politischer Bildung, um sich die notwendigen Ressourcen für Handlungs- und Orientierungsfähigkeiten, Erfahrungen und Wissen aneignen zu können.

Um die gleichberechtigte volle Teilhabe aller fördern zu können, muss auch die Politische Bildung in einer vielfältigen Stadtgesellschaft diversitätssensibel, diskriminierungskritisch und inklusiv sein. Sie kann so mit dazu beitragen, Barrieren, die durch Strukturen, Praxen und Haltungen verursacht werden, abzubauen.

Schule als Ort des Aufwachsens und der politischen Sozialisation hat aufgrund bildungspolitischer Entscheidungen erheblich an Bedeutung gewonnen. Die zunehmende Zeit, die Kinder und Jugendliche in der Schule verbringen, hat die lebensweltlichen Räume für Erfahrungen der Mit- und Selbstbestimmung und -gestaltung kleiner werden lassen. Daher muss sich Schule als Ort des demokratischen Lernens neu (er-)finden, auch um diese verlorengegangenen Erfahrungsräume wieder bereitstellen zu können. Dabei ist auch die Kooperation mit außerschulischen Trägern wichtig.

Die Position von Schule als Institution der demokratischen Gesellschaft muss gestärkt werden. Dafür müssen alle Akteur*innen einbezogen werden: Schüler*innen, Lehrkräfte, Schulleitungen, Eltern, sonstiges pädagogisches und schulisches Personal, Senatsschuladministration, Verantwortungsträger*innen in den Bezirken und außerschulische Partner*innen. Entsprechende Organisationsentwicklungsprozesse zielen nicht nur auf die schulische Praxis im Unterricht, sondern auch auf Strukturen und Haltungen aller Akteur*innen ab. Ein breit angelegter demokratischer (Schul-)Entwicklungsprozess zielt auf Angebote und Strukturen politischer Bildung auf verschiedenen Ebenen:

1. Unterrichtsfach und Unterrichtsprinzip, 2. Demokratische Mitbestimmung: Strukturen und –verfahren, 3. Zusammenarbeit von außerschulischer politischer Jugendbildung und Schule, 4. demokratische Schulentwicklung als Ganzes und auf Schule als Institution in der demokratischen Gesellschaft. Es ist anzustreben, dass auch private Schulen in die Aktivitäten zur Förderung der demokratischen Schulentwicklung einbezogen werden.

Ein wichtiges politisches Signal für diese Entwicklung ist die **Aufnahme Politischer Bildung als Staatsziel in die Berliner Landesverfassung**, so wie dies in zahlreichen Landesverfassungen bereits geschehen ist. Damit wäre ein klarer politischer Auftrag für alle Ebenen und Akteur*innen in Berlin zum Ausdruck gebracht.

1. Politische Bildung als Unterrichtsfach und Unterrichtsprinzip

Mit der Stärkung von Politischer Bildung als Unterrichtsprinzip (durch den OHR Demokratiebildung) und als Fach in der Sekundarstufe I sind wichtige erste Schritte unternommen worden. Zugleich ist jedoch die grundlegende Forderung, Politik in allen Klassenstufen und in allen Schulformen mit zwei Stunden pro Woche zu verankern, noch nicht ansatzweise umgesetzt. Im bundesweiten Vergleich landet Berlin weiterhin im unteren Mittelfeld. Daneben lassen sich folgende Herausforderungen benennen:

Politik wird noch immer in großem Umfang fachfremd unterrichtet. Das quantitative (Stundenumfang) und qualitative Angebot (Fachlichkeit, Fächerintegration, Methodenvielfalt) von politischer Bildung und Demokratiebildung ist je nach Schulform höchst unterschiedlich. An Sekundarschulen, beruflichen Schulen



(Oberstufenzentren) und Förderschulen sowie an den Grundschulen besteht erheblicher Nachholbedarf. Politische Bildung darf kein elitäres Angebot für die gymnasiale Oberstufe sein, sondern muss an allen Schulen und Klassenstufen grundlegend verankert werden!

Wir fordern:

1. Ein Aufheben des (sozial) ungleichen Angebots politischer Bildung: zwei Stunden Politikunterricht pro Woche in allen Jahrgangsstufen und Schulformen.
2. Eine Stärkung der Qualität politischer Bildung: gezielte Förderung fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Expertise im Studium, im Vorbereitungsdienst und in der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Dazu gehört u.a.:
 - a. Ein umfassendes Fortbildungsangebot für eine lernendenzentrierte und politikdidaktisch hochwertige politische Bildung, die Interessen und Aktualität berücksichtigt sowie Urteils- und Handlungsfähigkeit fördert. Ein besonderer Fokus liegt bei der Qualitätssteigerung auf bisher oft vernachlässigte Schulformen und Klassenstufen: Politische Bildung im Sachunterricht an Grundschulen, in Integrationsfächern wie Gesellschaftswissenschaften an Grundschulen oder in der Sekundarstufe I, an Förderschulen und in der beruflichen Bildung.
 - b. Die Trennung der Fachseminare Politik und Geschichte, um die im Studium erworbenen domänenspezifischen Fertigkeiten im Vorbereitungsdienst angemessen vertiefen und ausdifferenzieren zu können.
 - c. Kein fachfremdes Unterrichten in der Ausbildung: Pflicht der Ausbildungsschulen zum Erwerb von Unterrichtspraxis im Fach Politik im Praxissemester (Studium) und im Vorbereitungsdienst. Die Ausbildung in affinen Fächern wie Geschichte, Geographie und Ethik kann das Erlangen von Unterrichtsexpertise im Fach Politik nicht ersetzen. Fachfremder Unterricht geht immer auf Kosten von Unterrichtsqualität.
3. Förderung einer demokratischen Haltung und politischen Orientierung aller Lehrkräfte: Angebote politischer Bildung und Demokratiebildung müssen in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung fest verankert und praxisorientiert aufgestellt sein. Lehrkräfte müssen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) – antidemokratische und menschenfeindliche Vorfälle erkennen können, handlungsfähig sein und Betroffene schützen. Es bedarf der Angebote, eigene politische Einstellungen und Haltungen zu reflektieren.
4. Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Politische Bildung und demokratische Schulentwicklung an jeder Schule:
Diese Koordinierungsstelle sollte aus jeweils einer Lehrkraft und mindestens einem*r Schüler*in bestehen und eng mit der landesweiten Koordinierungsstelle (siehe Forderung 3.1) zusammenarbeiten.

2. Demokratische Mitbestimmung: Strukturen und Verfahren

Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention sichert Kindern und Jugendlichen das Recht zu, ihre eigene Meinung zu äußern und für diese Berücksichtigung zu finden. Dieses Recht sollte besonders in der Schule als zentralem Sozialisationsort für Kinder und Jugendliche geachtet werden. Laut Artikel 29 der Kinderrechtskonvention sollen Bildungsinstitutionen außerdem auf das Leben in einer freien, toleranten, friedlichen und gleichberechtigten Gesellschaft vorbereiten. Durch Mitwirkungs- und Mitbestimmungsstrukturen sowie -verfahren haben Schüler*innen früh die Chance, Demokratieerfahrungen in der Schule zu sammeln. Das Engagement von Schüler*innen kann die Prozesse und Ergebnisse schulischer Entscheidungen durch Einbeziehung ihrer Anliegen und Interessen verbessern. Diese Strukturen können somit zum wichtigen Lernfeld für demokratische Beteiligung



und politische Bildung werden. Bisher erfahren aber alle Gruppen insgesamt – Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen – zu wenig Beteiligung an Entscheidungen und zu wenig Anerkennung und Förderung ihres Engagements. Aber nur durch breite Einbindung dieser Gruppen kann die Gewinnung von neuen Engagierten gelingen.

Wir fordern:

1. Die Wiederherstellung der Parität der unterschiedlichen Gruppen im Rahmen der Schulkonferenz: Schüler*innen, Eltern, pädagogisches Personal.
2. Eine Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der Schüler*innenvertretung. Deren Vertretungsrechte müssen sich auch auf für Schüler*innen relevante, gesellschaftspolitische Entwicklungen beziehen, denn schließlich ist Schule mehr denn je der zentrale politische Sozialisationsort von Schüler*innen.
3. Mehr Beteiligungsstrukturen auf unterschiedlichen Bildungsebenen, wie etwa im Klassen- und Schulverband, schulübergreifend sowie in der Lehrkräftebildung, zu verankern und die Mitarbeit in diesen Strukturen durch externe Stellen wie außerschulische Bildungsangebote und Diskriminierungstrainer*innen zu begleiten.
4. Empowerment für die Schüler*innenvertretung: Unmittelbar nach den Wahlen zu Klassen-, Jahrgangs- und Schulsprecher*innen zu Beginn jeden Schuljahres müssen die gewählten Vertreter*innen über ihre Rechte informiert und in ihrer Tätigkeit professionell unterstützt werden, idealerweise durch Kooperationen mit freien Trägern.
5. Finanzielle Unterstützung durch einen eigenen Etat für jede Schüler*innenvertretung.
6. Mitentscheidung bei der Verwendung von schulischen Finanzmitteln durch die Schulkonferenz.
7. Mehr Entscheidungskompetenz für Schüler*innen durch feste Mitbestimmungsstrukturen in den Fachkonferenzen.

3. Zusammenarbeit von außerschulischer politischer Jugendbildung und Schule

Berlin verfügt über eine außergewöhnlich große Landschaft unterschiedlicher außerschulischer politischer Lernorte und Akteur*innen. Zahlreiche Berliner Schulen kooperieren seit vielen Jahren mit Jugendverbänden, Jugendbildungsstätten, Gedenkstätten und anderen Lernorten und Partner*innen. Außerschulische politische Bildung unterstützt die Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung ihres Lebensraums Schule. Die Angebote außerschulischer politischer Bildung eröffnen Lernorte und –räume, die in anderen Formaten, mit anderen Themen, frei von Benotung und partizipativ gestaltet neue Lern-Erfahrungen ermöglichen. Sie stellen einen unersetzlichen Mehrwert zum schulischen Lernen dar und sollten allen Schüler*innen zugutekommen. Zudem verfügen außerschulische Akteur*innen über vertiefte Fachexpertisen, die diese auch in die Lehrkräftebildung und Schulentwicklung einbringen können.

Allerdings haben noch nicht alle Berliner Schulen die Chancen dieser erweiterten Perspektiven, Expertisen und Ansprachen für Schüler*innen ergriffen. Das Förderprogramm der Senatsverwaltung „Politische Bildung an Berliner Schulen“ bietet hierzu einen Einstieg. Die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Fachlichkeit von Schulen und außerschulischen Akteur*innen ist zentrale Voraussetzung dafür, dass aus der Kooperation ein Mehrwert für alle Beteiligten wird, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen.

Wir fordern:

1. Eine Koordinierungsstelle Politische Bildung und demokratische Schulentwicklung auf Landesebene: Diese soll bei der Berliner Landeszentrale für politische Bildung unter Einbeziehung von Schüler*innen, schulischen und außerschulischen Partner*innen und der Schulverwaltung mit folgenden Zielen und Aufgaben geschaffen werden:



- a) Förderung demokratischer, partizipativer, diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Unterrichts- und Schulentwicklung an Berliner Schulen aller Schultypen, unter anderem in der Lehrkräftebildung und der Fortbildung von schulischem Führungspersonal.
 - b) Durchführen von Fortbildungen und Tagungen.
 - c) Erstellen von Lernmedien.
 - d) Unterstützung und Steuerung von Kooperationsprojekten zwischen Schulen und außerschulischer politischer Jugendbildung.
2. Den Anspruch auf eine Projektwoche in der außerschulischen politischen Jugendbildung: Alle Schüler*innen im Land Berlin können mindestens einmal in ihrer Schulzeit an diesem Angebot (z.B. als Fahrt in eine Jugendbildungsstätte) teilnehmen und andere Formen des Lernens – mit dem Fokus auf Subjektorientierung und Handlungsfähigkeit – erfahren.
 3. Eine Stärkung des Förderfonds „Politische Bildung“ für die Schulen: Eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands und eine Erhöhung der Mittel.

4. Demokratische Schulentwicklung und Schule als Institution in der demokratischen Gesellschaft

Demokratische Schulentwicklung bedeutet eine umfassende Mitbestimmung der Schüler*innen: bei der Gestaltung und Auswahl der Unterrichtsthemen, bei der Festlegung von Regeln, Hausaufgaben und Terminen von Klassenarbeiten, bei der Gestaltung des Klassenzimmers (auch der Sitzordnung) und der Schule als Ganzes bei der Festlegung von Zielen und Terminen von Klassenfahrten und -ausflügen, bei Projektthemen und -partner*innen, bei Schulfesten, bei Konflikten und auch bei der Leistungsbewertung. Trotz Verankerung im Schulgesetz und RLP steht und fällt die Demokratisierung der Schule mit dem Engagement einzelner Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleiter*innen und Bildner*innen. Die konkrete Realisierung demokratischer Schulentwicklung wird zu wenig eingefordert und kontrolliert, zu wenig beraten und gefördert. Nicht alle Schulen verfügen über die notwendigen Ressourcen (informationell, personell, räumlich, zeitlich), um demokratische Strukturen umzusetzen, wodurch Ungleichheiten entstehen.

Wir fordern:

1. Die Entwicklung einer Qualifizierungsstrategie für die Prozesse der Demokratisierung der Schule: Lernende, Lehrende und Schulen müssen ko-konstruktive Unterstützung bei der Demokratisierung von Unterricht und Schule erhalten, z.B. durch die Koordinierungsstelle für Politische Bildung und demokratische Schulentwicklung und „Runde Tische“ in der Bildungsverwaltung mit Führungsorganen, Lehrkräften, Schüler*innen, sozialen Diensten und außerschulischen Partner*innen.
2. Demokratisierungsprozesse auch mit zivilgesellschaftlichen Orten des sozialen Nahraums und der Stadtgesellschaft zu gestalten.
3. Das Bereitstellen von Ressourcen: Es bedarf finanzieller, personenbezogener und institutioneller Mittel der Durchsetzung – mit einem besonderen Blick auf Schulen in schwierigen Lagen.
4. Einen Rechtsanspruch auf Fortbildungen: Alle schulische Akteur*innen, auch Schüler*innen, haben ein Recht auf regelmäßige Qualifizierungen. Außerschulische Partner*innen sind mit ihren besonderen Kompetenzen dabei einzubeziehen.
5. Demokratie curricular sichtbar zu machen: Schulen dabei zu begleiten, eine demokratische Unterrichts- und Lernkultur stärker im Schulprogramm und im schulinternen Curriculum (fach-)pädagogisch zu verankern.
6. Schule muss sich selbst als lernendes System begreifen und bedarf einer entsprechenden Förderung. Hierzu ist eine dauerhafte Evaluation demokratiepolitischer (Bildungs-) Bemühungen sowohl auf gesamtstädtischer wie auch auf schulbezogener Ebene unabhängig von politischen Mehrheitsverhältnissen notwendig.